



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland – Lorraine – Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Empfehlung bezüglich der Begrenzung des Pestizideinsatzes mit dem Ziel der Verbesserung der Wasserqualität

- *Unter Beachtung der Pestizidrahmenrichtlinie 2009/128/EG vom 21. Oktober 2009, in der den Mitgliedsstaaten unter anderem empfohlen wird, einen nationalen Pestizid-Aktionsplan zu erarbeiten;*
- *Unter Beachtung der Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000, die einen Rahmen für eine globale Gemeinschaftspolitik im Wasserbereich mit dem Ziel vorgibt, im Jahr 2015 einen „guten ökologischen Zustand“ und ein „gutes Potenzial“ der Gewässer zu erreichen;*
- *Unter Beachtung der Strategie Europa 2020 der Europäischen Kommission und insbesondere der Biodiversitätsstrategie für 2020, die darauf abzielt, den Verlust der Biodiversität und die Verschlechterung der Ökosysteme in der Europäischen Union einzudämmen;*
- *Unter Beachtung des Aktionsplans der Europäischen Kommission zur Erhaltung der Wasserressourcen in Europa aus dem Jahr 2012 mit dem Ziel, zu gewährleisten, dass Wasser in guter Qualität und in genügender Menge zur Verfügung steht, um dem Bedarf von Menschen, Wirtschaft und Umwelt gerecht zu werden und die Integration der Ziele der Wasserpolitik in anderen betroffenen Aktionsbereichen voranzubringen;*
- *Unter Beachtung der wissenschaftlichen Projekte, die darauf abzielen, die Verwendung von Pestiziden zu verringern wie die, die mit Erfolg im Fachbereich Umweltwissenschaften und –management der Universität Lüttich (Campus Arlon) durchgeführt werden;*
- *Aufgrund der Tatsache, dass die Oberflächengewässer dem starken Einfluss von Pestiziden ausgesetzt sind, wie kürzlich in einem vom „Institute for Environmental Sciences“ der Universität Koblenz veröffentlichten Artikel beschrieben wurde;*
- *Aufgrund der Tatsache, dass neben der Landwirtschaft auch infrastrukturelle Pestizide etwa durch die Eisenbahn auf den Schienentrassen oder von Privatpersonen in den Gärten verwendet werden;*

Empfiehl der IPR auf Vorschlag der Kommission 4 „Umwelt und Landwirtschaft“ nach deren Sitzung am 24. April 2015 beim Wasserzweckverband Esch-sur-Sûre „Syndicat des Eaux du Barrage d'Esch-sur-Sûre“ (SEBES):

- Alle Nutzer von Pestiziden über die Einhaltung des richtigen Umgangs mit Pflanzenschutzmitteln im Rahmen der durch die gesetzlichen Regelungen

vorgegebenen Grenzwerte sowie über die ökotoxischen Effekte und die toxischen Einflüsse auf die menschliche Gesundheit bei Missbrauch oder falscher Anwendung zu informieren und stärker zu sensibilisieren, dies insbesondere mittels ständiger Schulungen und in den Landwirtschaftsschulen;

- Die Umwelt- und Landwirtschaftspolitik sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene aufeinander auszurichten, um die Umsetzung widersprüchlicher und kontraproduktiver Maßnahmen zu vermeiden;
- Die Begrenzung der Verwendung von Pestiziden und die Verwendung alternativer Produkte durch die Einführung kompensatorischer Maßnahmen sowie durch die Verringerung von Monokulturen zu fördern;
- Präventivmaßnahmen zur Senkung der Verwendung von Pestiziden zu ergreifen, um im Vorfeld zu handeln, da präventive politische Maßnahmen weniger kostspielig sind als kurative Maßnahmen;
- Die wissenschaftliche Forschung zur Senkung des Pestizideinsatzes und die Entwicklung alternativer Methoden voranzubringen und die wissenschaftlichen Forschungen, die in der Großregion betrieben werden, noch mehr zu unterstützen;
- In der Großregion den Austausch von Best-Practice-Erfahrungen zu organisieren, die dazu beitragen, die Verwendung alternativer umweltverträglicher Methoden zu fördern.

Der Interregionale Parlamentarierrat richtet diese Empfehlung an:

- den Regionalrat Lothringen
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
- die Regierung der Fédération Bruxelles-Wallonie
- die Regierung der Wallonie
- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
- die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz
- die Regierung des Saarlandes
- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
- die Regierung der Französischen Republik
- die Regierung des Königreichs Belgien
- die EU-Kommission
- das Europäische Parlament
- die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Großregion

Namur, den 19. Juni 2015